

newsletter*

VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Liebe Genossin, lieber Genosse,

wir alle kämpfen gemeinsam mit Frank-Walter Steinmeier, Peer Steinbrück, Sigmar Gabriel und Stephan Weil für den Wahlsieg am Sonntag in Niedersachsen. Wir können zuversichtlich sein, dass wir unseren Erfolgstrend in den Landtagswahlen fortsetzen werden.

Stephan Weil hat es geschafft, dass nicht Köpfe, sondern Themen den Wahlkampf bestimmen. Zusammen mit Frank-Walter Steinmeier und Peer Steinbrück hat Weil ein Positionspapier zur Wohnungsnot vorgelegt. Unabhängig von ihrem Einkommen dürfen Menschen nicht aus dem Stadtgebiet gedrängt werden – insbesondere nicht aus den Innenstädten.

In dieser Woche hat die SPD das Thema Steuergerechtigkeit im Bundestag besetzt. Peer Steinbrück fordert, dass die Banken natürlich selbst für ihre Verantwortungslosigkeit gerade stehen sollen, nicht der Steuerzahler. Zur Steuergerechtigkeit gehört auch die Verfolgung von Steuersündern. Dank der SPD ist im Vermittlungsausschuss das Steuerabkommen mit der Schweiz gescheitert. Wie soll dem ehrlichen Steuerzahler auch die Legalisierung von Steuerhinterziehung erklärt werden? Deshalb setzen wir uns für eine strengere Verfolgung ein.

Das Jahressteuergesetz, über das im Vermittlungsausschuss beraten wurde, hat die Regierung mit ihrer Sturheit platzen lassen. Wir fordern eine steuerliche Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften, womit wir der Koalition letztlich nur unter die Arme greifen, ihren Koalitionsvertrag zu erfüllen. Schließlich haben CDU und FDP dort beschlossen, steuerliche Ungleichheit abzubauen.

Ein Schauplatz in dieser Woche war die Neuregelung des Beschäftigtendatenschutzgesetzes. Klammheimlich sollte die ständige Überwachung am Arbeitsplatz erlaubt werden. Dank des Widerstands der Gewerkschaften und der SPD scheidet Schwarz-Gelb mit einem neuen Versuch, Klientelpolitik für die Arbeitgeber zu betreiben.

Herzliche Grüße

deine Petra Ernstberger

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, PETRA ERNSTBERGER MdB,
PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

REDAKTION UND TEXTE STEFAN HINTERMEIER, LUTZ HÖTTLER, ALEXANDER LINDEN, ANJA LINNEKUGEL, MARTIN MADER, DIRK SAWITZKY
TELEFON (030) 227-510 99 / **E-MAIL** REDAKTION@SPDFRAKTION.DE

REDAKTIONSSCHLUSS: 18.01.2013 12.00 UHR

Inhaltsverzeichnis

02	Top-Thema: Rot-grüne Initiative zur Bankenbändigung	12	Neues Kindergeld bringt mehr Gerechtigkeit
04	Hubertus Heil zum Jahreswirtschaftsbericht	14	SPD für eigenständige Jugendpolitik
05	Arbeitgeberschutz statt Arbeitnehmerdatenschutz	15	Energiewende braucht starke Forschung
08	Thomas Oppermann vor der Presse	16	Intensivtierhaltung begrenzen
09	Mali braucht eine politische Perspektive	17	Mehr Sicherheit bei Medizinprodukten
10	Bezahlbares Wohnen in der Sozialen Stadt	17	Bundesschatzbriefe erhalten
		18	Kleine Anfrage zur Korruption im Sport
		19	Trauer um Peter Struck

TOP-THEMA

Initiative von Rot-Grün: Raus aus der Staatshaftung bei Banken Krisen

Peer Steinbrück, Leiter des Fraktionsprojekts Neuregelung der Finanzmärkte, und der Grünen-Fraktionsvorsitzende Jürgen Trittin hatten Ende 2012 einen gemeinsamen Plan zur Bändigung der Banken und Finanzmärkte angekündigt. In dieser Sitzungswoche nun haben SPD und Grüne den Antrag "Ein neuer Anlauf zur Bändigung der Finanzmärkte – Für eine starke Europäische Bankenunion zur Beendigung der Staatshaftung bei Banken Krisen" in den Bundestag eingebracht.

Die Krise des Euroraums ist vor allem auf eine Krise der Banken und der Finanzmärkte zurückzuführen. Der Finanzsektor ignorierte Risiken und vergab übermäßig Kredite – nicht zuletzt aufgrund vielfacher Deregulierung. Insbesondere kam es in einzelnen Ländern des Euroraums zu einem starken Anstieg der privaten Verschuldung und zu Vermögensblasen auf den Immobilienmärkten, finanziert durch massive Kapitalflüsse aus dem inner- und außereuropäischen Ausland. Durch die Finanzkrise kam es dann wiederum zu Kreditausfällen. Das führte nicht nur zu andauerndem Vertrauensverlust in den Finanzmarkt, sondern auch zu Zahlungsproblemen des Bankensektors.

In der Debatte zu der rot-grünen Initiative sagte Peer Steinbrück: "Die Folgen der Finanzkrise kosten mehr als Geld, sie kosten Vertrauen. Unsere Aufgabe in der Politik ist es, die Steuerzahler zu schützen."

Die Politik musste erkennen, dass die Insolvenz einzelner sogenannter systemrelevanter Banken mit Dominoeffekten für das gesamte Banken- und Finanzsystem verbunden gewesen wäre und keine geeigneten Regelungen zur Abwicklung und Insolvenz von Banken existierten, um das zu verhindern. Um die Gesamtwirtschaft zu schützen und private Kundeneinlagen zu sichern, wurden Banken zu Lasten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler gerettet. Der

dadurch verursachte Anstieg der öffentlichen Verschuldung führte in die Zahlungsfähigkeit einzelner Länder und den Zusammenhalt des Euroraums.

Ursachen, nicht nur Symptome der Krise bekämpfen

Um die seit der Finanzmarktkrise verlorene Stabilität in Europa zurückzugewinnen, um die Rezession zu überwinden und Staatsverschuldung auf Dauer zu senken, müssen die Ursachen der Krise, nicht nur ihre Symptome bekämpft werden. Um Vertrauen wiederzugewinnen, ist die Bändigung der Finanzmärkte unausweichlich. Wer Risiken eingeht, muss auch haften. Erste Schritte sind ein europäisches Abwicklungsregime und eine europäische Abwicklungsbehörde für insolvente Banken sowie ein Bankenfonds, mit dem die Eigentümerinnen und Eigentümer der Banken, die von Gewinnen profitieren, in Zukunft auch selbst für die Kosten bei Restrukturierung und Rekapitalisierung aufkommen.

Die bisherige europäische Aufsichtsarchitektur genügt diesen Anforderungen bei weitem nicht. In dem gemeinsamen Antrag (Drs. 17/11878) plädieren die Fraktionen der SPD und der Grünen für eine europäische Bankenaufsicht zur direkten Kontrolle grenzüberschreitend tätiger, systemrelevanter Banken und zur Bekämpfung systemischer Risiken. Peer Steinbrück sagte dazu im Plenum: "Die Steuerzahler müssen entlastet werden, es geht hier um eine Krise labiler Banken und ungezählter Finanzmärkte." Es könne nicht sein, dass Banken ein Drohpotenzial besäßen, Staaten zu erpressen, frei nach dem Motto, scheitern wir, scheitert eure Volkswirtschaft.

Die Einführung europaweit harmonisierter Mindeststandards für Einlagensicherungssysteme und eines europaweit einheitlichen Sanierungs- und Abwicklungsregimes für Kreditinstitute können bei richtiger Ausgestaltung und konsequenter Umsetzung wichtige Bedingungen sein, um die Staatshaftung für den Bankensektor zu beenden.

Private Kundeneinlagen absichern

Nötig ist jedoch mehr als die von der Kommission vorgeschlagenen Etablierung eines einheitlichen europäischen Abwicklungsregimes:

- Erstens die Errichtung einer europäischen Abwicklungsbehörde, um künftig grenzüberschreitend tätige, systemrelevante Banken, die kurz vor einer Insolvenz stehen, in einem grenzüberschreitenden Verfahren geordnet restrukturieren oder abwickeln zu können.
- Zweitens die Einrichtung eines europäischen Bankenfonds um die notwendigen ergänzenden Finanzierungsmittel für eine Restrukturierung oder Abwicklung grenzüberschreitend tätiger, systemrelevanter Banken bereit zu stellen, bei denen eine Eigentümer- und Gläubigerbeteiligung nicht ausreicht.

Abwicklungen und Restrukturierungen von Banken müssen vorrangig der Sicherung der Finanzmarktstabilität dienen und nach dem Prinzip der Kostenminimierung erfolgen. Die anfallenden Kosten sollen dabei in erster Linie von den Anteilseignern und in zweiter Linie von den Gläubigern getragen werden. Erst danach sollen die Mittel des Bankenfonds eingesetzt werden, um darüberhinausgehende notwendige Finanzierungsmittel bereit zu stellen und die privaten Einlagen zu schützen.

Ziel muss sein, Zahlungsverkehr und private Kundeneinlagen abzusichern, die Finanzstabilität zu gewährleisten und das Erpressungspotenzial der Banken zu verringern, um eine Steuerfinanzierung der Bankenrisiken auszuschließen und eine Trennung von Staats- und Bankenrisiken zu vollziehen. Sowohl Steuerzahlerinnen und Steuerzahler als auch private Kundeneinlagen sollen vor den Risiken einer Bankeninsolvenz geschützt werden.

Peer Steinbrück stellte klar: "Steuergerechtigkeit ist eine Demokratiefrage, sie betrifft das Gleichgewicht in unserer Gesellschaft".

WIRTSCHAFT

Hubertus Heil: „Dunkle Wolken am Konjunkturhimmel“

Die SPD-Fraktion wirft der Bundesregierung wirtschaftspolitische Untätigkeit vor. „Jetzt rächt sich, dass Schwarz-Gelb keine Vorsorge für schwierigere Zeiten getroffen hat,“ sagte SPD-Fraktionsvize Hubertus Heil angesichts trüber Wachstumsaussichten für 2013.

„Herr Rösler und Frau Merkel setzen die rosarote Brille auf“, kritisierte Hubertus Heil anlässlich der Veröffentlichung des Jahreswirtschaftsberichts der Bundesregierung. Der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Wolfgang Tiefensee sprach von „Schön-Wetter-Rhetorik bei durchwachsenen Aussichten.“ Notwendig sei stattdessen eine realistische Einschätzung der Lage.

2012 ist Deutschlands Wirtschaft insgesamt nur noch um 0,7 Prozent gewachsen, seit Oktober sogar um 0,5 Prozent geschrumpft. Für das neue Jahr 2013 hat sich die Wachstumsprognose der Bundesregierung innerhalb weniger Monate auf nur noch 0,4 Prozent halbiert.

Gleichzeitig werden die Zukunftsrisiken immer deutlicher: Die Ungleichgewichte innerhalb des Euroraums und in der Weltwirtschaft sind unverändert hoch. Deutschland verzeichnet einen Einbruch bei den Exporten in den Euroraum und den Ausrüstungsinvestitionen der Unternehmen. Die soziale Spaltung der Gesellschaft nimmt zu. Die deutsche Binnennachfrage bleibt weit unter ihren Möglichkeiten.

Schwarz-Gelbe Untätigkeit statt aktiver Zukunftsvorsorge

Die schwarz-gelbe Regierung habe sich viel zu lange auf Entscheidungen der Vorgängerregierungen ausgeruht, kritisierte SPD-Fraktionsvize Heil. Von Zukunftsvorsorge keine Spur. Stattdessen plündere die Bundesregierung die Kreditanstalt für Wiederaufbau, die möglicherweise in der Krise wieder gebraucht werde, kürze Milliarden bei der Arbeitslosenversicherung und gefährde die Energiewende.

„Dabei gibt der Jahreswirtschaftsbericht Hinweise, wo die Bundesregierung ansetzen müsste“, sagte Wolfgang Tiefensee: Im Jahreswirtschaftsbericht stehe, dass die Verbesserung der regionalen Wirtschaftsförderung GRW an Bedeutung gewinnt. „Das ist richtig,“ so Tiefensee, „aber warum hat die Bundesregierung die Mittel dann gegenüber 2012 gekürzt?“

Besonders deutlich werde die Planlosigkeit der Bundesregierung beim Thema Energie: „Hier setzt sie die Versorgungssicherheit aufs Spiel und treibt die Energiepreise für Private und Unternehmen in die Höhe.“

Kurswechsel für eine aktive Wirtschaftspolitik

Die Sozialdemokraten fordern einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel – hin zu mehr Gerechtigkeit und Zukunftsvorsorge. „Wir brauchen faire Löhne, um der sozialen Spaltung in Deutschland entgegenzuwirken und die Kaufkraft zu stärken“, sagte Hubertus Heil. Nötig seien zudem mehr Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur sowie ein besseres Management der Energiewende. Das Resümee von Wolfgang Tiefensee: „Deutschland braucht endlich wieder eine aktive Wirtschaftspolitik.“

INNENPOLITIK

Arbeitgeberschutz statt Arbeitnehmerdatenschutz

Die Bundesregierung will vermutlich noch im Januar 2013 ihr so genanntes Beschäftigtendatenschutzgesetz durch den Bundestag bringen. Was dem Namen nach arbeitnehmerfreundlich klingt, ist alles andere als das: Es ist mal wieder ein schwarz-gelbes Geschenk an ihre Klientel. Die FDP, die sonst für sich beansprucht, die Partei der Bürgerrechte zu sein, hat dieses Credo zu den Akten gelegt. Zumindest scheint für sie der Schutz der Bürgerrechte nicht zu gelten, wenn es um den Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern geht. Und bei der Union hat sich der Wirtschaftsflügel durchgesetzt.

Die Bundesregierung scheint darauf zu vertrauen, dass keiner nachliest, was sich wirklich hinter dem Titel „Gesetz zur Regelung des Beschäftigtendatenschutzes“ verbirgt. SPD-Fraktionsvize Christine Lambrecht spricht deshalb von einer Mogelpackung, die in Wahrheit ein Arbeitgeberschutzgesetz sei. Lambrecht: "Dieser Entwurf gehört in die Tonne".

Der Parlamentarische Geschäftsführer Thomas Oppermann sagte: "Ein solches Gesetz schafft keinen Betriebsfrieden. Es ist ein Arbeitnehmerüberwachungsgesetz".

DGB-Chef Sommer bezeichnet den Regierungsentwurf als einen Anschlag auf Arbeitnehmerrechte. Die ehemalige Justizministerin Herta Däubler-Gmelin (SPD) schreibt in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 15. Januar, dass es kein Wunder sei, „dass dieser Entwurf in der Luft zerrissen wurde und in der Versenkung verschwand, was sich jetzt zeigt, leider nicht auf Nimmerwiedersehen.“ SPD-Fraktionsvize Hubertus Heil spricht von einem „Riesenskandal“ und kann sich vorstellen, dass das Gesetz vom Bundesverfassungsgericht überprüft werden muss, wenn es in der jetzigen Form verabschiedet werde. Mittlerweile hat die Koalition die Befassung im Innenausschuss am 16. Januar von der Tagesordnung genommen. Offensichtlich war ihr der Gegenwind von Opposition, Gewerkschaften, Datenschützern und Medien zu stark.

Warum ist die Regelung des Arbeitnehmerdatenschutzes notwendig?

Zahlreiche Datenskandale auch in großen Unternehmen wie der Telekom, bei den Handelsketten Lidl und Aldi Süd sowie bei der Bahn haben in den vergangenen Jahren immer wieder gezeigt, wie perfide Arbeitgeber ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bespitzeln und ausforschen: heimliche Videoüberwachungen, das Mitschneiden von Telefongesprächen, die Kontrolle der E-Mail-Kommunikation sowie der Internetnutzung am Arbeitsplatz.

Es ist daher dringend geboten, den Datenschutz von Beschäftigten eindeutig zu regeln. Die öffentliche Empörung über die Bespitzelung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern führte auch in den Chefetagen der Konzerne schließlich zu der Erkenntnis, dass so mit Beschäftigten nicht umgegangen werden darf.

Zudem sind die bisherigen Regelungen zum Datenschutz am Arbeitsplatz weit gestreut und unübersichtlich. Deshalb will die SPD-Bundestagsfraktion den Arbeitnehmerdatenschutz in einem eigenständigen Gesetz regeln. Es sollen Rechtssicherheit, Rechtsklarheit und Transparenz hergestellt und Regelungslücken geschlossen werden. Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben dazu 2009 in der Großen Koalition eine Anhörung mit Experten durchgeführt. Und der damalige Arbeitsminister Olaf Scholz (SPD) hat in seinem Ressort einen Gesetzentwurf erarbeiten lassen. Es war jedoch nicht mehr möglich, sich mit der Union darüber zu verständigen.

Diesen Gesetzentwurf haben die Sozialdemokraten kurz nach der Bundestagswahl Ende 2009 in den Bundestag eingebracht. Einen weitergehenden Antrag haben sie im Herbst 2011 vorgelegt.

Warum entdeckte Schwarz-Gelb den Arbeitnehmerdatenschutz?

Die Entrüstung der Öffentlichkeit über die Bespitzelungsskandale führte auch dazu, dass Schwarz-Gelb das Thema für sich entdeckte. Im Dezember 2010 legte die Regierung einen ersten Entwurf vor, der auf breite Kritik gestoßen ist. In einer Anhörung im Mai 2011 kritisierten die Sachverständigen überwiegend, dass der Entwurf völlig ungeeignet sei. Danach wurde es ruhig. Bis zum 10. Januar, da legten Union und FDP einen Änderungsantrag vor. Dieser macht den Gesetzentwurf bis auf wenige Punkte aber nicht besser. Unter dem Label, dass nun die heimliche Videoüberwachung nicht mehr gestattet sei, versuchen Union und FDP ihr geändertes Gesetz zu verkaufen. Dabei ist die heimliche Videoüberwachung am Arbeitsplatz bereits durch Arbeitsgerichte verboten worden.

Und noch schwerer wiegt, dass die Bundesregierung mit ihrem Gesetzentwurf arbeitnehmerfeindliche Praktiken der Datenerhebung und Überwachung legalisiert. ver.di-Bundesvorstandsmitglied Lothar Schröder meint dazu, dass damit der Telekom-Datenskandal legitimiert wäre.

Was kritisiert die SPD-Fraktion am Regierungsentwurf?

Die SPD-Bundestagsfraktion hat Änderungsanträge zum Gesetzentwurf der Bundesregierung vorgelegt, die u. a. die folgenden Punkte enthalten:

Fragerecht bei Vorstellungsgesprächen

Der Gesetzentwurf lässt offen, ob Arbeitgeber bei Vorstellungsgesprächen Fragen nach Schwangerschaft oder Behinderung stellen dürfen oder nicht. Nach der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts und dem Europäischen Gerichtshof sind diese Fragen jedoch nicht zulässig.

Außerdem fordert die SPD-Bundestagsfraktion darüber hinaus das Verbot von Fragen nach öffentlichen Ehrenämtern und den Vermögensverhältnissen von Bewerbern.

Erhebung öffentlich zugänglicher Daten

Daten von Bewerberinnen und Bewerbern, die im Internet öffentlich zugänglich sind, sollen, wenn es nach Schwarz-Gelb geht, ohne Mitwirkung oder Zustimmung der Betroffenen durch Arbeitgeber erhoben werden können. Darunter fallen auch die für alle Mitglieder offenen Bereiche der sozialen Netzwerke wie facebook oder twitter.

Die SPD-Bundestagsfraktion lehnt eine generelle Datenerhebung insbesondere der im Internet verfügbaren Daten von Bewerberinnen und Bewerbern ab. Zum einen, weil sich die Öffentlichkeitseinstellungen der sozialen Netzwerke häufig ändern, und zum anderen können Daten ohne Wissen der Betroffenen durch Dritte öffentlich gemacht werden.

Daten-Screening/automatisierter Abgleich und Datenerhebung

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eines Unternehmens dürfen nach dem Gesetzentwurf durch einen automatisierten Datenabgleich überwacht werden, wenn Straftaten vorbeugend bekämpft werden sollen. Das heißt auch, wenn kein konkreter Verdacht besteht. Weitere Gründe für einen automatisierten Datenabgleich sind die Aufdeckung von Pflichtverletzungen wie außerordentliche Kündigungsgründe durch die Beschäftigten sowie die Überprüfung der Einhaltung von Unternehmensregeln. Das heißt, wenn ein Unternehmen den Verdacht hat, dass in einem Unternehmen Untreue, Vorteilnahme oder Bestechlichkeit vorliegen könnten, soll der Arbeitgeber das Recht haben, die Beschäftigten auszuspionieren.

Außerdem soll die Erhebung von Daten ohne Kenntnis des Beschäftigten zur Aufdeckung und Verhinderung von Straftaten und anderen schwerwiegenden Pflichtverletzungen möglich sein.

Die SPD-Bundestagsfraktion will einen Datenabgleich nur dann zulassen, wenn ausgewählte Straftaten vor allem aus dem Bereich der Korruption konkret verfolgt werden. Die

Datenerhebung ohne Kenntnis der Beschäftigten darf nur dann möglich sein, wenn es tatsächliche und dokumentierte Anhaltspunkte für den Verdacht einer Straftat gibt. Bei schweren Pflichtverletzungen oder zur Prävention von Straftaten soll die Datenerhebung nicht zulässig sein.

Datenerhebung von Beschäftigten

Geht es nach Union und FDP sollen ärztliche Untersuchungen von Beschäftigten bei einem Wechsel der Tätigkeit im Unternehmen erlaubt sein. Und zwar ohne, dass es dafür einen sachlichen Rechtfertigungsgrund gibt. Es ist zu vermuten, dass diese uneingeschränkte Regelung vor allem zulasten älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geht.

Das geht zu weit, und deshalb lehnt die SPD-Bundestagsfraktion diese Regelung ab.

Verarbeitung und Nutzung von Daten der Beschäftigten

Die Bundesregierung will zulassen, dass Daten von Beschäftigten ohne Mitteilung an die Beschäftigten oder den Betriebsrat an Dritte übermittelt werden dürfen. Zudem ist nicht vorgesehen, dass der Arbeitgeber bei zweckwidriger Nutzung durch Dritte haftbar gemacht werden kann.

Das ist mit der SPD-Bundestagsfraktion nicht zu machen.

Videoüberwachung

Der geänderte Gesetzentwurf ermöglicht weiterhin eine Videoüberwachung als vorbeugende Maßnahme ohne zeitliche Begrenzung. Union und FDP wollen erlauben, dass Beschäftigte in einem Unternehmen zur Qualitätskontrolle, zur Wahrnehmung des Hausrechts, zur Zutrittskontrolle, zur Sicherheit der Beschäftigten, zum Schutz von Eigentum, zur Sicherung von Anlagen und zur Abwehr von Gefahren für die Sicherheit des Betriebes überwacht werden dürfen. Nur in überwiegend privat genutzten Räumen wie Toiletten oder Umkleieräumen soll Videoüberwachung verboten sein. Das heißt aber auch, dass Räume, die auch privat genutzt werden können wie Pausenräume, die auch für Besprechungen genutzt werden, per Video überwacht werden dürfen.

Zudem sollen die Arbeitgeber nicht verpflichtet werden, ihre Beschäftigten darüber aufzuklären, wann, wo und zu welchem Zweck die Videoüberwachung durchgeführt wird.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert das Verbot der Videoüberwachung zur Qualitätskontrolle. Auch der Schutz des Eigentums geht ihr als Begründung zu weit, denn diese Klausel kann generell angewandt werden. Deshalb soll dies auf Fälle beschränkt werden, bei denen ein besonderes Sicherheitsinteresse der Arbeitsstätte besteht, z.B. wenn besonders wertvolle oder besonders gefährliche Güter produziert werden. Ebenso sollen Arbeitgeber ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Zeit, Ort und Zweck der Videoüberwachung im Unternehmen mitteilen.

Die weiteren im Regierungsentwurf genannten Gründe rechtfertigen nach Auffassung der SPD keine umfassende Videoüberwachung.

Ortungssystem (GPS)

Hierzu fordert die SPD-Bundestagsfraktion, dass klargestellt wird, dass Daten aus Ortungssystemen nicht zur Verhaltens- und Leistungskontrolle genutzt werden dürfen. Diese Einschränkung fehlt im Gesetzentwurf der Regierung. Doch gerade hier ergeben sich Spielräume für den Missbrauch.

Biometrische Authentifizierung

Die Erhebung biometrischer Daten wie z. B. die Iris-Erkennung will die SPD-Bundestagsfraktion auf besonders sicherheitsrelevante Bereiche in Unternehmen einschränken. Zudem müssen die

Beschäftigten einwilligen. Die biometrischen Daten sollen nur für den Zugang genutzt werden können und nicht zur Speicherung von Eingangs- und Ausgangsdaten.

Callcenter-Regelung

Beschäftigte in Callcentern sollen nach dem schwarz-gelben Gesetzentwurf weiter einer Dauerüberwachung ausgesetzt werden dürfen. Vor allem für die Verhaltens- und Leistungskontrolle soll es keine zeitliche Begrenzung geben. Eine ständige Überwachung bedeutet einen permanenten psychischen Druck auf die Beschäftigten. Deshalb ist sie nach der Rechtsprechung nicht zulässig und auch verfassungswidrig. Denn eine dauerhafte Überwachung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern widerspricht dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Zudem regelt der Gesetzentwurf nicht, wie dauerhafte Kontrollen erfolgen sollen, wenn es den Beschäftigten erlaubt ist, Telefone oder E-Mail-Programme auch privat zu nutzen.

Eine Verhaltenskontrolle will die SPD-Bundestagsfraktion nur dann zulassen, wenn es konkrete Anhaltspunkte für Fehlverhalten gibt, die auch dokumentiert sind. Generelle Überwachung in Callcentern gilt es zu verbieten.

Thomas Oppermann äußert sich vor der Hauptstadtpresse

Der Erste Parlamentarische Geschäftsführer Thomas Oppermann zeigte sich am Mittwochmorgen gegenüber der Hauptstadtpresse optimistisch beim Wahlausgang in Niedersachsen. Deutlich kritisierte er den Gesetzentwurf der Koalition zum Beschäftigtendatenschutz.

Zu Beginn der Runde drückte Oppermann seine Zuversicht für den kommenden Wahlsonntag in Niedersachsen aus. Ein Wahlsieg wäre ein Signal an die Bundesregierung, weil die SPD dann über eine Gestaltungsmehrheit im Bundesrat verfüge. Die Themen Lizenzentzug von Banken bei Steuerflucht und sozialen Wohnraum schaffen seien sogar bundesweit gesetzt. Zu Peer Steinbrück stellte er klar: „Er ist und bleibt unser Kanzlerkandidat!“

Die Bundesregierung hatte 2011 einen ersten Gesetzesvorschlag des Beschäftigtendatenschutzgesetzes eingereicht, den sie jetzt durch einen Änderungsantrag neu fassen möchte. Dieser Änderungsantrag beinhaltet, so Oppermann, eine gravierende Beschneidung der Arbeitnehmerrechte. So wäre eine Recherche durch den Arbeitgeber im Internet möglich, ohne den Arbeitnehmer darüber zu informieren. Oppermann bezeichnete diese Maßnahmen als eine „Zerstörung des Betriebsfriedens“. Es sei erstaunlich, dass die FDP, die sich als liberale Partei bezeichne, hinter diesem Gesetzesvorhaben stehe. Die SPD werde aber wird mit allen Mitteln die Verabschiedung des Änderungsantrags verhindern.

„Die NPD ist staatlich finanzierter Rassismus“

Ein zentrales Thema war das NPD-Verbotsverfahren. Nachdem der Bundesrat bereits beschlossen hatte, ein entsprechendes Verfahren einzuleiten, zögert der Bundestag noch. Die Regierungskoalition hat der Aufforderung der SPD-Fraktion, sich gemeinsam auf ein Vorgehen zu einigen, eine Absage erteilt. Dort warte man noch auf eine Entscheidung des Bundesinnenministers und der Kanzlerin. Jedoch versteckten sich beide hinter dem Bundesrat. Deshalb habe die SPD-Fraktion, so Oppermann, die durch den Bundesrat veröffentlichten Beweise zur Prüfung an den Innenausschuss weitergegeben, der eine Empfehlung geben soll. „Die NPD ist organisierter und staatlich finanzierter Rassismus“ und müsse deshalb jetzt verboten werden.

Oppermann sprach im Zusammenhang mit dem Vermittlungsausschuss über das Jahressteuergesetz. Hier wurde mit einer Mehrheit die Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften beim Ehegattensplitting beschlossen. Damit helfe man der Koalition bei der Erfüllung ihres Koalitionsvertrags – schließlich hätte man dort einen Abbau von ungleicher steuerlicher Behandlung beschlossen.

An diesem Donnerstag hat die SPD-Fraktion den Antrag „Privatkundengeschäft der Finanzagentur Deutschland GmbH fortsetzen“ (Drs. 17/12062) in das Plenum eingebracht. Oppermann sieht in der Möglichkeit, für Bürger Bundesschatzbriefe zu kaufen, ein sehr emotionales Thema. Man ermögliche den Bürgerinnen und Bürgern dadurch eine emotionale wie finanzielle Bindung zur Bundesrepublik. Die FPD hingegen möchte die Staatsfinanzierung allein in die Hand der Banken geben, damit diese ihre Profite sichern könnten.

AUSSENPOLITIK

Mali braucht eine politische Perspektive

Die Bundesregierung hat den Einsatz zweier Bundeswehrflugzeuge des Typs Transall beschlossen. Die SPD-Fraktion signalisiert ihre Unterstützung für einen humanitären und logistischen Einsatz, fordert jedoch eine Erklärung der Bundesregierung, wie die politische Zukunft Malis gestaltet werden soll.

Frankreich hat auf Bitten der malischen Regierung und mit Unterstützung des VN-Sicherheitsrats am 11. Januar mit einer Militäroperation begonnen, um den Vormarsch islamistischer Kräfte, die bereits seit längerem den Norden des Landes kontrollieren, in den Süden Malis zu verhindern. Wäre der Angriff aus dem Norden nicht gestoppt worden, wäre es den terroristischen Kräften vermutlich gelungen, innerhalb kürzester Zeit das ganze Land unter ihre Kontrolle zu bekommen. Das wäre ein dramatischer Rückschlag für den politischen Prozess innerhalb Malis gewesen und hätte unabsehbare Folgen für die regionale Sicherheit gehabt.

Die SPD-Fraktion schließt eine Unterstützung Frankreichs nicht aus.

Bundestag muss informiert werden

Der SPD-Fraktionsvize Gernot Eler sagt: "Neben der notwendigen militärischen Komponente brauchen wir einen politischen Fahrplan, der deutlich macht, dass der Konflikt nicht allein mit militärischen Mitteln gelöst werden kann. Außerdem müssen die Mittel für die Humanitäre Nothilfe für die zehntausenden Flüchtlinge, die vor der Gewalt der islamistischen Terroristen auf der Flucht sind, erhöht werden".

Sigmar Gabriel und Peer Steinbrück sprachen sich ebenfalls für eine logistische Unterstützung Malis aus, aber schlossen einen Kampfeinsatz klar aus. Steinbrück: "Für den Fall, dass die Franzosen logistische Unterstützung brauchen, sind wir selbstverständlich als Partner und Freunde Frankreichs bereit, das zu prüfen."

Rainer Arnold, Verteidigungsexperte der SPD-Fraktion, kritisierte die Kanzlerin, den Bürgerinnen und Bürgern nicht die politische Lage zu erklären. Stattdessen bleibe sie unsichtbar. Aufgrund der humanitären Lage und der Flüchtlingsströme soll ein Einsatz so schnell wie möglich beschlossen werden.

Leider hat die Bundesregierung einmal mehr in einer schwierigen Krise kopf- und konzeptionslos gehandelt. Zunächst hatte Außenminister Westerwelle jegliche Unterstützung Frankreichs ausgeschlossen. Nur zwei Tage später konnte es ihm dann auf einmal nicht mehr schnell genug gehen. Dabei ist die Unterstützung Frankreichs durch logistische Fähigkeiten der

Bundeswehr und das Angebot für eine humanitäre und medizinische Hilfe eigentlich eine Selbstverständlichkeit.

Mittlerweile hat die Bundesregierung einer Bereitstellung von zwei Flugzeugen des Typs Transall zugestimmt.

Konflikt lässt sich militärisch kaum lösen

Die Gefahr, dass radikale Islamisten das Ruder in Mali übernehmen und das Land zu einem „failed state“, einem extremistischen Gottesstaat und zu einem Rückzugsort für Al Qaida-Terroristen wird, ist damit zunächst abgewendet. Die Lage bleibt dennoch nach wie vor höchst fragil und gefährlich.

VN-Generalsekretär Ban Ki Moon und der VN-Sicherheitsrat haben am 14. Januar das Vorgehen Frankreichs ausdrücklich begrüßt. Das französische Eingreifen kann der internationalen Gemeinschaft Zeit verschaffen, um eine dauerhafte Lösung des Konfliktes zu erreichen. Dazu müssen jetzt die malischen Streitkräfte in die Lage versetzt werden, den Vormarsch der Aufständischen aufzuhalten und die bislang von ihnen kontrollierten Gebiete zurück zu erobern. Die EU-Außenminister werden noch in dieser Woche eine EU-Ausbildungsmission (EUTM) für die malische Armee beschließen, an der sich auch Deutschland beteiligen wird.

Militärisch wird sich der Konflikt alleine nicht lösen lassen. Die Bemühungen um einen politischen Dialogprozess mit den gesprächsbereiten Kräften im Norden müssen fortgesetzt und intensiviert werden. Darauf müssen sich die Anstrengungen sowohl der malischen Regierung als auch der internationalen Gemeinschaft richten. Nur wenn es gelingt, dem Norden eine politische und wirtschaftliche Perspektive innerhalb Malis zu vermitteln, besteht eine Chance, diesen Konflikt zu lösen und Mali langfristig wieder zu stabilisieren.

SOZIALES

Bezahlbares Wohnen in der Sozialen Stadt Ein Papier von Peer Steinbrück, Frank-Walter Steinmeier, Stephan Weil

In Ballungszentren steigen die Mieten. Bezahlbare Wohnungen werden knapp. Familien, Alleinerziehende und ältere Menschen finden in den Innenstädten keine Wohnungen mehr, die sie sich leisten können. Eine zusätzliche Belastung sind steigende Strom- und Heizkosten. Die SPD will konsequente Maßnahmen ergreifen, bezahlbares Wohnen überall zu ermöglichen.

In einem gemeinsamen Positionspapier von Peer Steinbrück, Frank-Walter Steinmeier und Stephan Weil sind Thesen und Maßnahmen formuliert, die den Anstieg der Mietpreise begrenzen sollen und Investitionen in Wohnungsbau, energetische Sanierung und den familien- und altersgerechten Umbau von Häusern und Wohnungen voranbringen werden.

SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier sagte auf der Fraktionsklausur in Hannover: "Junge Familien finden vor allem in Großstädten kaum noch bezahlbaren Wohnraum. Das wollen wir ändern." Der SPD gehe es vor allem darum, die von Schwarz-Gelb verrutschte Balance zwischen wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Gerechtigkeit wieder herzustellen.

Stephan Weil sagte: "Als Bürgermeister von Hannover erlebe ich es regelmäßig in Bürgersprechstunden, dass viele Menschen länger als ein Jahr eine Wohnung suchen und bei Besichtigungsterminen 60 Leute stehen. Hier wird die SPD sich kümmern. Bezahlbarer

Wohnraum ist eine neue soziale Frage." Weil ergänzte, dass etwa mit der Abschaffung der Steuersenkung für Hoteliers viel mehr in den Wohnungsbau investiert werden könne.

Zunahme sozialer Spannungen

Ex-Bundesfinanzminister Peer Steinbrück konstatierte eine Zunahme sozialer Spannungen durch den rasanten Mietenanstieg bei Wohnungen. "Städte sind ein sehr wichtiger Lebensraum", so Steinbrück. Die SPD lege nun Antworten vor, wie man der Dramatik am Wohnungsmarkt entgegentreten könne. Steinbrück: "Die Bundesregierung verschärft mit ihrem skandalös schlechten Mietrechtsänderungsgesetz die Lage. Damit sind Mietsteigerungen gang und gäbe." Das Problem betreffe nicht nur Neu-, sondern auch Altmieten. Im Bundesrat wolle die SPD mit vereinten Kräften für neue Initiativen kämpfen.

Die SPD will verhindern, dass Menschen aufgrund steigender Mieten aus ihren Wohnungen und ihrem sozialen Umfeld verdrängt werden. Gute und energiesparsame Wohnungen dürfen nicht zum Luxusgut werden. Sie müssen für alle erschwinglich sein.

Dazu gehört auch, sich gegen das Auseinanderdriften in reiche Viertel und abgehängte Nachbarschaften zu stellen.

Deutschland braucht wieder höhere Investitionen in das Wohnumfeld und in lebenswerte Nachbarschaften, um das Zusammenleben von Menschen verschiedenen Alters, verschiedener Herkunft und aus unterschiedlichen sozialen Schichten zu verbessern. Dazu wird die SPD das Programm "Soziale Stadt" zum Herzstück der Städtebauförderung machen.

Zu den Maßnahmen der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gehört unter anderem:

- Bezahlbares Wohnen wird im Zentrum der Politik einer neuen niedersächsischen Landesregierung unter sozialdemokratischer Führung stehen. Denn Wohnpolitik beginnt in den Ländern und Kommunen.
- Die SPD setzt sich in Bund und Ländern dafür ein, dass der Bund die jährlichen Kompensationsmittel für die Soziale Wohnraumförderung in Höhe von rund 518 Millionen Euro auf bisherigem Niveau bis 2019 fortführt.
- Nach dem Regierungswechsel in Niedersachsen haben SPD und Grüne im Bundesrat eine neue gestaltende Mehrheit, die sie verantwortungsvoll für die Bürgerinnen und Bürger nutzen werden. Die SPD will im Bund eine aktive Wohnungs- und Städtebaupolitik.
- In einem ersten Schritt werden die Sozialdemokraten im Bundesrat die von der Regierung Merkel verschärfte soziale Ungerechtigkeit im Mietrecht verhindern. Ziel ist es, im Bundesrat die Mietpreisspirale am Wohnungsmarkt zu stoppen. Dazu gibt es eine Mietpreisbegrenzung nicht nur für Bestands-, sondern auch für Neumieten. Bei Neuvermietungen darf die Miete um nicht mehr als zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Bei Bestandsmieten sollen Mieterhöhungen auf maximal 15 Prozent in vier Jahren begrenzt werden.
- Mieterinnen und Mieter dürfen bei Sanierungen nicht durch überhöhte Mietpreisaufschläge aus ihren Wohnungen verdrängt werden. Der Vermieter darf bei Sanierungen maximal neun Prozent der Kosten pro Jahr auf den Mieter, die Mieterin, umlegen. Dabei muss bei energetischen Sanierungen sichergestellt sein, dass nur effiziente Maßnahmen umgesetzt werden, die tatsächlich Energie sparen.
- Künftig muss bei der Inanspruchnahme von Maklern der Grundsatz gelten, der sonst überall in der Marktwirtschaft gilt: Wer bestellt, der bezahlt. Es kann nicht sein, dass Wohnungseigentümer und Makler ein Geschäft zu Lasten Dritter, nämlich der wohnungssuchenden Mieter, machen.
- Die Städtebauförderung wird von der SPD wieder verlässlich ausgestattet. Dabei soll das Programm "Soziale Stadt" zum Leitprogramm werden.

- Die soziale Gesellschaft beginnt in der sozialen Stadt. Dort gilt es, Zusammenhalt, Teilhabe, Verantwortung und Solidarität zu ermöglichen, um demokratisches Bewusstsein zu stärken. Dazu werden Kräfte und Maßnahmen gebündelt, koordiniert Hilfen angeboten und die betroffenen Menschen aktiv an der Gestaltung ihres unmittelbaren Lebensumfeldes beteiligt.
- Im Rahmen eines Investitionspaktes für die Kommunen, mit den Ländern geschlossen, wird ein „Eigenanteilsfonds“ dafür sorgen, dass Städte und Gemeinden in Haushaltsnotlage die Bundesförderung nutzen können.
- Nach der Bundestagswahl gibt es ein Sonderprogramm zur Förderung von Wohnungsgenossenschaften.
- Unter sozialdemokratischer Führung wird die CO₂-Gebäudesanierung durch den Bund wieder verlässlich gefördert. Die Förderung der energetischen Sanierung soll so ausgerichtet sein, dass mit geringstmöglichem Aufwand eine möglichst große Energieeinsparung erreicht wird und möglichst vielen Mietern und Wohnungseigentümern zu Gute kommt.
- Der Heizkostenzuschuss beim Wohngeld wird wieder eingeführt.
- Die SPD wird nach der Bundestagswahl dafür sorgen, dass jeder Mensch so lange wie möglich selbstbestimmt in seinen eigenen vier Wänden leben kann. Das muss bis ins hohe Alter mindestens bis zur Pflegestufe 2 gelten. Der altersgerechte Umbau darf keine Frage des Geldes sein. Dazu werden die von der Regierung Merkel gestrichenen Zuschüsse der KfW für den Abbau von Barrieren bei Wohnungen und Häusern wieder eingeführt.

Das vollständige Papier ist auf www.spdfraktion.de zu finden.

FAMILIEN

Neues Kindergeld bringt mehr Gerechtigkeit

SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Parteivorstand haben am 9. Januar 2013 ihr Konzept für ein neues Kindergeld vorgestellt. Damit wollen die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten vier Ziele erreichen:

- Gerechtigkeit bei den Leistungen für Familien, weil die Besserstellung von Familien mit hohem Einkommen beendet wird und Familien mit niedrigen und mittleren Einkommen besser unterstützt werden.
- Das verfügbare Einkommen für Geringverdiener spürbar erhöhen.
- Den Mindestlohn für Familien mit Kindern durch das neue Kindergeld wirksam machen.
- Viele Familien aus verdeckter Armut befreien oder sie unabhängig von der Aufstockung durch das Arbeitslosengeld II (ALG II) machen.

„Wir machen Schluss mit der Besserstellung von Familien mit hohem Einkommen und unterstützen dafür stärker all die Familien, die mit geringen Einkommen auskommen müssen“, erklärte SPD-Fraktionsvizein Dagmar Ziegler zum neuen Kindergeld der SPD.

Was ist das neue Kindergeld?

SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Parteivorstand wollen das neue Kindergeld nach dem Einkommen staffeln. Familien mit niedrigen und mittleren Einkommen von bis zu 3000 Euro brutto sollen mehr bekommen. Sie erhalten ein erhöhtes Kindergeld, das maximal 324 Euro pro Kind beträgt. Danach würden Eltern mit zwei Kindern, von denen ein Elternteil Vollzeit und der andere Teil halbtags arbeitet und die gemeinsam 2500 Euro brutto verdienen, 88 Euro mehr pro Monat in der Tasche haben.

Für das neue Kindergeld wollen die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten den bestehenden Kinderzuschlag mit dem Kindergeld zu einer Leistung zusammenführen. Alle anderen Familien erhalten weiterhin das aktuelle Kindergeld in Höhe von 184 Euro für die ersten beiden Kinder, 190 Euro für das dritte und 215 für jedes weitere Kind.

Ändert sich etwas für Bezieher der Grundsicherung?

Nein, das neue Kindergeld wird wie das heutige voll auf die Regelsätze der Grundsicherung (ALG II) angerechnet. Profitieren sollen Familien, deren Einkommen oberhalb der Bedürftigkeitsgrenze liegt. Gleichzeitig hält die SPD-Fraktion an ihrer Forderung nach einem eigenständigen Regelsatz für Kinder, deren Eltern Grundsicherung beziehen, fest.

Welche Vorteile hat das neue Kindergeld?

Der Kinderzuschlag wird nur von einem Drittel der Berechtigten in Anspruch genommen. Etwa 600.000 Kinder gehen leer aus. Ausgerechnet Alleinerziehende, als Gruppe mit dem größten Armutsrisiko, erreicht der Kinderzuschlag kaum. Das soll sich mit dem neuen Kindergeld ändern. Die SPD-Bundestagsfraktion will damit die verdeckte Armut beenden und mit folgenden Schritten erreichen, dass viele vom neuen Kindergeld profitieren: Es sollen höhere Einkommensgrenzen als beim Kinderzuschlag gelten, dadurch erreicht das neue Kindergeld auch Familien mit mittleren Einkommen. Zusätzlich soll das Antragsverfahren vereinfacht werden. Profitieren sollen vor allem Alleinerziehende.

Das neue Kindergeld macht den Mindestlohn für Familien wirksam: Mit einem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro will die SPD dafür sorgen, dass Beschäftigte von ihrem Lohn leben können. Doch für Familien reicht das nicht aus. Aus diesem Grund flankieren die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten den Mindestlohn mit dem neuen Kindergeld, damit Familien ohne ergänzende Sozialleistung ihren Lebensunterhalt bestreiten können.

Was ist an der bisherigen Familienförderung ungerecht?

Aktuell bekommen Eltern mit hohem Einkommen wegen der kinderbezogenen Steuerfreibeträge mehr Geld als Eltern mit einem normalen oder geringen Einkommen durch das Kindergeld erhalten. Spitzenverdiener werden durch die Steuerfreibeträge um 100 Euro pro Monat mehr entlastet, als durch das Kindergeld von 184 Euro für das erste und zweite Kind. Das findet auch die Bevölkerung mehrheitlich ungerecht. Und auch Gewerkschaften und Verbände üben daran Kritik.

Ursache für die bestehende Ungerechtigkeit ist der 2002 eingeführte Freibetrag für Betreuung und Erziehung oder Ausbildung (BEA). Er hat zu einer deutlichen Entlastung der Bezieher höherer Einkommen geführt.

Was macht die SPD-Fraktion gegen diese Ungerechtigkeit?

Die SPD-Bundestagsfraktion und der SPD-Parteivorstand wollen den Freibetrag für Betreuung, Erziehung oder Ausbildung abschaffen. Dann bekommen auch Spitzenverdiener nicht mehr als das Kindergeld in Höhe von 184 Euro für das erste und zweite Kind. Das betrifft Familien mit zwei Kindern ab einem Jahreseinkommen in Höhe von 70.000 Euro.

Wer unterstützt das neue Kindergeld?

Das neue Kindergeld wird vom DGB, dem Bündnis Kindergrundsicherung, von der Arbeiterwohlfahrt (AWO), pro familia und dem Zukunftsforum Familie unterstützt.

Was wird das neue Kindergeld kosten?

SPD-Bundestagsfraktion und der SPD-Parteivorstand gehen davon aus, dass das neue Kindergeld zwischen 2 und 3 Milliarden Euro kosten wird.

Sind die neuen Regelungen verfassungskonform?

Verfassungs- und Steuerjuristen haben bei einem Workshop der Friedrich-Ebert-Stiftung zu den verfassungsrechtlichen Fragen zum neuen Kindergeld einhellig dessen Verfassungskonformität bestätigt. Darüber hinaus haben sie die Abschaffung des Freibetrages für Betreuung und Erziehung oder Ausbildung für verfassungsrechtlich geboten erklärt.

Welche weiteren Maßnahmen will die SPD-Bundestagsfraktion ergreifen?

Insgesamt wollen SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Parteivorstand mit einem Bündel an Maßnahmen Familien stärken und dafür sorgen, dass sie ihren Unterhalt aus eigener Kraft bestreiten können. Dazu gehört neben dem neuen Kindergeld und dem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn vor allem der Ausbau von Ganztagsbetreuung und Ganztagschulen. Dazu hat die SPD-Bundestagsfraktion einen Ausbauplan bis 2020 aufgestellt, dessen Ziel es ist, einen Rechtsanspruch auf Ganztagsangebote einzuführen.

SPD für eigenständige Jugendpolitik

Die Anforderungen an die jüngere Generation sind aufgrund gestiegener Bildungsansprüche, der Globalisierung von Wirtschaft und Arbeitsmärkten und der demografischen Entwicklung gestiegen. Die Politik muss für Jugendliche die richtigen Rahmenbedingungen schaffen und sie dabei unterstützen, damit sie ihr Leben selbst gestalten können. Unsere Gesellschaft muss Jugendliche respektieren und anerkennen und die Voraussetzungen schaffen, damit ihre Persönlichkeitsentwicklung gelingt. Bis auf eine öffentlichkeitswirksame Veranstaltung hat die für Jugendpolitik zuständige Ministerin Schröder (CDU) nichts zustande gebracht.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat einen Antrag (Drs. 17/12063) in den Bundestag eingebracht, in dem sie eine eigenständige Jugendpolitik fordert, die Freiräume für die Jugendlichen schafft, ihnen Chancen eröffnet und Rückhalt gibt.

Für eine Gesamtstrategie in der Jugendpolitik

Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten fordern eine ressortübergreifende Gesamtstrategie in der Jugendpolitik. Zudem soll ein so genannter Jugendpolitik-TÜV politische Entscheidungen, Maßnahmen und Gesetzentwürfe hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf Jugendliche überprüfen. Im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend soll ein Staatssekretär oder eine Staatssekretärin explizit für Jugendpolitik zuständig sein. Außerdem sollen die Rechte von Kindern und Jugendlichen gestärkt werden. Dazu soll eine Ombudsperson die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention prüfen und vorantreiben. Damit sich junge Menschen mit Migrationshintergrund besser integrieren können, sollen sie künftig auch nach Vollendung des 18. Lebensjahrs beide Staatsbürgerschaften behalten dürfen.

Im Mittelpunkt steht für die SPD-Fraktion ein Bildungssystem, das allen Jugendlichen eine gute Bildung vermittelt, elterntausbedingte Unterschiede ausgleicht und damit Chancengleichheit verwirklicht. Denn Bildung und Ausbildung sind der Schlüssel, um Armut zu vermeiden. Dazu sollen die Ganztagschulen flächendeckend ausgebaut und ein leistungsfähiges Schüler-BAföG eingeführt werden. Gemeinsam mit den Ländern ist sicherzustellen, dass alle, die studieren wollen, auch einen Studienplatz erhalten. Vor allem die Einrichtung von Master-Studienplätzen soll gefördert werden. Jugendliche sollen das Recht auf eine Ausbildung haben, und der Übergang in den Beruf nach Ausbildung und Studium soll besser gelingen. Dazu soll u. a. der Missbrauch von Praktika verhindert werden. Bildung, Ausbildung und Studium sollen gebührenfrei sein.

Partizipation und gesellschaftliches Engagement stärken

Außerdem sollen Jugendliche an demokratischen Entscheidungen besser beteiligt werden. Sie sollen künftig an Bundes- und Europawahlen ab dem 16. Lebensjahr teilhaben können.

Zigtausend Jugendliche engagieren sich in ihrer Freizeit. Dafür müssen sie Freiräume neben Schule, Ausbildung und Studium haben. Denn gerade das freiwillige Engagement ist wichtig für die Entwicklung unserer Zivilgesellschaft. Die Freiwilligendienste sollen so ausgebaut werden, damit jeder Jugendliche ein Freiwilliges Soziales Jahr oder ein Freiwilliges Ökologisches Jahr absolvieren kann. Internationale Jugendbegegnungen sollen als beste Prävention gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit allen Jugendlichen offen stehen. Des Weiteren sollen alle Jugendlichen digitale Kommunikation selbständig nutzen können und lernen, sich vor den Risiken zu schützen.

Darüber hinaus sollen Gesundheitsförderung und Prävention in der Jugendpolitik eine größere Rolle spielen sowie die sexuelle Selbstbestimmung von Jugendlichen gestärkt werden.

Den Antrag hat die SPD-Bundestagsfraktion auf Grundlage des Beschlusses vom SPD-Parteikonvent vom Juni 2012 erarbeitet.

UMWELT/FORSCHUNG

Energiewende braucht starke Forschung

Die Energiewende ist eine große Herausforderung für unsere gesamte Gesellschaft, und vor allem für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes. Nicht zuletzt liegen darin große Chancen für die weitere Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze. Zudem ist es das Ziel, dass Deutschland langfristig unabhängig von fossilen Energieträgern wie Kohle und Öl wird. Und unser Land kann bei den Lösungen zur Bewältigung der Klima- und Energiekrise international vorangehen.

Eine solche Herkulesaufgabe gelingt nur dann, wenn Wissenschaft und Forschung die notwendigen Grundlagen dafür liefern. Dabei darf sich die Forschung für die Energiewende nicht nur auf technische Innovationen konzentrieren. Ebenso wird es um die sozialen Auswirkungen der Energiewende, ihre gesellschaftliche Akzeptanz und Verhaltensänderungen zur Energieeinsparung gehen.

Wenn Deutschland bis zum Jahr 2050 Strom vollständig aus erneuerbaren Energien gewinnen will, muss die Energieforschung konsequent auf dieses Ziel ausgereicht werden. Die Entwicklungen und Förderung von neuen Energiedienstleistungen und die Energiesystemtechnik – Netzausbau, Netzintegration, Energiemanagement – kommen im 6. Energieforschungsprogramm der Bundesregierung zu kurz. Auch die Finanzierung der Energieforschung muss gesichert werden. Dazu hat die SPD-Bundestagsfraktion ihren Antrag „Starke Forschung für die Energiewende“ (Drs. 17/11201) in den Bundestag eingebracht, der ihn am 17. Januar 2013 debattiert hat.

Forschungsprogramme zu erneuerbaren Energien ausbauen

Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten fordern die Bundesregierung auf, die Energieforschung ressortübergreifend zu fördern. Die Mittel für die Atomforschung sollen wegen der geringeren Bedeutung der Atomenergie am deutschen Energiemix entsprechend umgeschichtet werden. Forschungsprogramme in den Bereichen erneuerbare Energien, Strom- und Wärmespeicherung und intelligente Stromnetze sind auszubauen. Und die Forschungsmittel zur Effizienzverbesserung bei energieintensiven Prozessen und Technologien in der Industrie sollen aufgestockt werden. Daneben sind die Verbraucherforschung und die Erforschung der sozialen Auswirkungen der Energiewende zu intensivieren. Gemeinsam mit den Bundesländern muss eine Strategie zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses in der Energieforschung entwickelt werden. Eine grenzüberschreitende Energieforschung ist auf europäischer Ebene auszubauen.

Intensivtierhaltung begrenzen

Am 16. Januar 2013 debattierte der Bundestag über die Intensivtierhaltung bzw. Massentierhaltung, die in der Bevölkerung auf wachsenden Widerstand stößt. Deshalb werden am 19. Januar anlässlich der Eröffnung der „Grünen Woche“ wieder tausende Menschen in Berlin dagegen demonstrieren. Die SPD-Bundestagsfraktion hat in ihrer Fraktionssitzung am 15. Januar ein Positionspapier zur Begrenzung der Intensivtierhaltung beschlossen.

In der Debatte warf der umweltpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Matthias Miersch, Bundesministerin Ilse Aigner (CSU) vor, nichts gegen die ausufernde Massentierhaltung zu unternehmen. In den betroffenen Gemeinden schlossen sich immer mehr Bürgerinitiativen gegen die Massentierhaltung zusammen. Auch die CDU-Landräte in Niedersachsen seien wie die SPD-Bundestagsfraktion dafür, das Baugesetzbuch zu ändern, damit die Kommunen Massentierhaltung steuern können. Die Arbeitsbedingungen in den Betrieben „sind unter aller Würde“, sagte Miersch. Doch die Förderpolitik von Bundesregierung und EU setze die falschen Rahmenbedingungen. Da gehe Masse vor Qualität in der Landwirtschaft. So habe die Bundesregierung den Antrag der SPD-Fraktion zur Regelung der Intensivtierhaltung abgelehnt, weil sie keinen Regelungsbedarf sehe.

Der landwirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Wilhelm Priesmeier, hielt der Unionsfraktion vor, im Bundestag in erster Linie die Interessen des Bauernverbandes zu vertreten. Zudem forderte er, Landwirtschaftspolitik im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort zu machen. Die SPD-Fraktion wolle keine großen Investoren in der Landwirtschaft, sondern bäuerliche Betriebe, sagte Priesmeier.

Die SPD-Abgeordnete Gabriele Groneberg beklagte, dass die Agrarindustrie die kleinen und mittelständischen bäuerlichen Betriebe kaputt mache. Außerdem kritisierte sie die negativen Auswirkungen der Großanlagen auf die menschliche Gesundheit durch die Keim- und Staubbelastung sowie die Gefahr für das Wasser durch die Stickstoff- und Nitratbelastung.

SPD: Intensivtierhaltung umwelt- und tierschutzgerecht regeln

Das Positionspapier der SPD-Fraktion sieht vor, die anstehende Novellierung des Baugesetzbuches zu nutzen, um den Zubau weiterer Intensivtierhaltungsanlagen zu beschränken. Derzeit privilegiert das Baugesetzbuch die Errichtung dieser Anlagen im Außenbereich von Städten und Gemeinden – auf der grünen Wiese. Ursprünglich sollte diese Ausnahmeregelung die Entwicklung bäuerlicher Betriebe unterstützen. Diese Privilegierung soll künftig entfallen, wenn die unteren Schwellwerte nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) erreicht sind. Dadurch erhalten die betroffenen Kommunen die Möglichkeit, Intensivtierhaltung steuern zu können. Sie sollen nur noch in Gebieten entstehen können, deren Nutzung die Gemeinden in Bebauungs- und Flächennutzungsplänen unter Bürgerbeteiligung abgewogen und gestaltet haben.

Darüber hinaus sieht das Positionspapier vor, das Umweltrecht zu stärken, um die Intensivtierhaltung zu beschränken und den Tierschutz in den Anlagen zu verbessern. Dazu soll u. a. ein Tierschutz-TÜV eingeführt werden.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat in den vergangenen drei Jahren mit einer Vielzahl von Anträgen der Agrar-Lobby-gesteuerten Landwirtschaftspolitik der Bundesregierung Alternativen für eine ökologische und tierschutzgerechte Tierhaltung entgegengesetzt.

GESUNDHEIT

Mehr Sicherheit bei Medizinprodukten

Anfang 2012 berichteten die Medien von den kriminellen Machenschaften eines französischen Herstellers von Brustimplantaten. Von den fehlerhaften, aus Industriesilikon hergestellten Implantaten, geht eine direkte Gefahr für die Gesundheit der Betroffenen aus. Das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte hat aufgrund der bestehenden Risiken empfohlen, alle betroffenen Implantate zu entfernen.

Viele Patientinnen wurden verunsichert. Sichtbar wurden durch diesen schlimmen Vorfall auch die Lücken bei der Sicherheit von Medizinprodukten. Patienten und Patientinnen müssen sich darauf verlassen können, dass Medizinprodukte wie Implantate sicher sind, ihnen helfen und nicht ihre Gesundheit oder sogar ihr Leben gefährden.

Bei einem neuen Arzneimittel können sich Patienten darauf verlassen, dass Risiken und Nutzen des Präparats in klinischen Studien belegt worden sind. Erst dann erhalten sie eine europaweite Zulassung. Medizinproduktehersteller z. B. von Brustimplantaten, Herzschrittmachern, Stents, künstlichen Hüftgelenken usw. müssen lediglich eine freiwillige Selbsterklärung abgeben, damit sie ein CE-Zertifikat für ihre Produkte bekommen und es in Verkehr bringen dürfen. Diese Regelungen reichen nicht aus, um die Sicherheit der Patienten zu gewährleisten.

Medizinprodukte stärker regulieren

In ihrem Antrag „Mehr Sicherheit bei Medizinprodukten“ (17/9932) fordert die SPD-Bundestagsfraktion im Sinne des Schutzes von Patienten, den Marktzugang für Medizinprodukte zu regeln. Dazu gehört eine wirksamere Überwachung des Herstellungsprozesses und der im Umlauf befindlichen Produkte. Außerdem soll sichergestellt werden, wenn Probleme bei Produkten bekannt werden, dass die betroffenen Patienten schnell informiert und die Produkte nicht weiter verwendet und vertrieben werden. Falls es trotzdem dazu kommen sollte, dass Patienten durch fehlerhafte Medizinprodukte geschädigt werden, muss die Haftungsfrage eindeutig geregelt sein. Vor allem sollen Betroffene nicht noch zusätzlich zu einem gesundheitlichen Schaden finanzielle Nachteile befürchten oder in langwierigen Prozessen um ihr Recht kämpfen müssen.

Die SPD-Fraktion fordert für Medizinprodukte eine amtliche Zulassung. Dazu sollen klinische Studien gehören. Die Zulassungsprüfung muss auch bei signifikanten Änderungen am Produkt durchgeführt werden. Gleichzeitig sollen bereits im Umlauf befindliche Produkte und ihre Hersteller stichprobenartig überprüft werden. Darüber hinaus sollen die Medizinproduktehersteller eine Haftpflichtversicherung abschließen, um im Schadensfall die Betroffenen entschädigen zu können. Bei fehlerhaften Produkten soll der Austausch von Implantaten auf Kosten des Herstellers erfolgen. Ein Implantateregister soll über die Haltbarkeit und die Risiken von Produkten informieren und ein Verzeichnis soll helfen, Rückverfolgungen bei auftretenden Problemen vorzunehmen, damit Betroffene informiert werden können.

HAUSHALT

Privatkundengeschäft der Finanzagentur

Deutschland fortsetzen

Die Bundesrepublik Deutschland Finanzagentur GmbH ist der zentrale Dienstleister für die Kreditaufnahme und das Schuldenmanagement des Bundes. Ihre Aufgaben sind vielfältig und umfassen zum Beispiel Dienstleistungen bei der Emission von Bundeswertpapieren. Die Bundesregierung hat nun entschieden, das Privatkundengeschäft der Finanzagentur zum Jahresende 2012 einzustellen. Grundlage seien Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen.

Deutschland profitiert bislang von der Finanzmarktkrise und der Refinanzierungskrise einiger Euro-Staaten dergestalt, dass Schuldtitel des Bundes weltweit weiterhin als sehr sicher beurteilt und stark nachgefragt werden. Dadurch sanken die Zinsen auf ein historisches Tief.

Politisch bedeutsam ist aber die Frage, welche Wege dem Bund zur Verfügung stehen, um seine Refinanzierung stets sicherzustellen. Die Refinanzierungskrise im Euro-Raum hat nämlich gezeigt, welchen Risiken ein Schuldenmanagement ausgesetzt ist, wenn es ganz oder überwiegend auf institutionellen Investoren auf den Geld- und Kapitalmärkten aufbaut. Auch die Entwicklung zu immer kürzeren Refinanzierungsinstrumenten am Geldmarkt birgt das erhebliche Risiko von Zinsänderungen – das sich auch kurzfristig niederschlagen kann.

Unabhängigkeit gegenüber Finanzmarktakteuren

Staats- und Regierungschefs des Euro-Währungsgebietes haben diskutiert, wie die Mobilisierung privaten Kapitals, vor allem Spareinlagen der Bürgerinnen und Bürger, zur Refinanzierung der in Not geratenen Staaten gestärkt werden können. Ein stärkeres Engagement privater Vermöglicher kann eine deutliche Entspannung der Refinanzierungssituation bringen, weil es mehr Unabhängigkeit gegenüber den Finanzmarktakteuren ermöglicht. Vor diesem Hintergrund ist die Entscheidung der Bundesregierung, das Privatkundengeschäft der Finanzagentur einzustellen, nicht tragbar.

In dem Antrag „Privatkundengeschäft der Finanzagentur Deutschland GmbH fortsetzen“ (Drs. 17/12062) fordert die SPD-Bundestagsfraktion die Bundesregierung auf, das Privatkundengeschäft der deutschen Finanzagentur beizubehalten und das Angebot langfristiger Wertpapiere für Privatkunden zu erweitern. Das Engagement privater Investoren soll zudem in Kooperation mit anderen Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets gefördert werden, um mehr Unabhängigkeit gegenüber kurzfristigen Zinsschwankungen zu gewinnen. Gemeinsam mit dem Bundesrechnungshof sollen Möglichkeiten erarbeitet werden, wie die Kosten, die durch die Bereitstellung der Infrastruktur für Private entstehen, minimiert werden können und etwaige anfallende Verluste im Privatkundengeschäft an anderer Stelle ausgeglichen werden können.

SPORT

Kleine Anfrage: Gegen Korruption und Spielmanipulation vorgehen

Korruption und Spielmanipulation sowohl im aktiven Sport als auch in der Führung spielen in den letzten Jahren eine immer größere Rolle. Um dem entgegenzuwirken sind der Ausbau von Good Governance und ein konsequentes Vorgehen gegen Spielmanipulation nötig. Die SPD-Fraktion will von der Regierung Aufklärung, welche Maßnahmen sie ergreift.

Korruption und Spielmanipulation im aktiven Sport, aber auch in der Führung, spielen in den letzten Jahren – vom Spitzensport bis hinunter zum Breitensport in den Vereinen – eine immer größere Rolle. Um gegen die wachsende Kriminalität und das unethische Verhalten im Sport vorzugehen, die die Integrität des Sports und seine positiven Wirkmöglichkeiten bedrohen, sind der Ausbau von guter Regierungsführung (Good Governance) und ein konsequentes Vorgehen gegen Spielmanipulation nötig.

Nur wenn die Führung des Sports mit gutem Beispiel vorangeht, hat sie die nötige Glaubwürdigkeit, um zu ethischem Verhalten anzuhalten. Das ist unerlässlich nicht nur für die Zukunft eines sauberen und fairen Sports, sondern aufgrund des positiven Vorbilds des Sports

für die Integrität in der Gesellschaft insgesamt. Jedoch hat die Bundesregierung sich noch nicht zu dieser Problematik geäußert.

In der Kleinen Anfrage „Transparenz und Ethik im Sport“ fordert die SPD-Fraktion die Bundesregierung auf, zu dieser Entwicklung im Sport Stellung zu nehmen. Nachdem bereits die Europäische Union Maßnahmen vorgeschlagen hat, soll nun die Bundesregierung erklären, ob und welche Maßnahmen sie zur Bekämpfung von Spielmanipulation und Förderung von Good Governance plant.

Teil der Anfrage ist auch eine neue Beurteilung von Sportgroßereignissen, um eine transparente und nachhaltige Organisation zu garantieren. Im Bereich des Good Governance wird u. a. gefragt, ob und wann die Vergabe und Abrechnung von Bundesmitteln im Sport zuletzt überarbeitet wurden und ob diese den heutigen Stand von Good Governance entsprechen.

Strafrechtliche Verfolgung oder Prävention?

Die Bundesregierung soll ebenfalls darüber Auskunft geben, weshalb bislang die Offenlegung der Zielvereinbarungen mit den Spitzenverbänden verweigert wird, und wie dies mit den heutigen Standards von Transparenz und Good Governance vereinbar ist. Darauf bezieht sich auch die Frage, ob in Zukunft auch Zielvereinbarungen über die Medaillenziele hinaus veröffentlicht werden.

Weitere Fragen beziehen sich auf die Umsetzung von Good Governance in den beteiligten Bundesbehörden wie dem Bundesinnenministerium und der gezielten Förderung von Good-Governance-Projekten im Breitensport. Zudem fordert die SPD-Fraktion eine Einschätzung der Situation in Deutschland bezüglich Spielmanipulation, sowohl aus sportlicher Perspektive als auch aus Perspektive der Wettbranche. Soll in diesem Zusammenhang stärker auf die strafrechtliche Regulierung und Verfolgung von Spielmanipulation gesetzt werden oder auf eine Prävention durch u. a. einen Verhaltenskodex im Zusammenhang mit Sportwetten?

Der dritte Bereich der Kleinen Anfrage stellt u. a. die Vergabe von Großveranstaltungen wie der WM 2022 nach Katar oder der Formel 1 nach Bahrain in Frage und fordert die Regierung dazu auf, Stellung zur Vergabe an autoritäre Regime und Gigantismus bei Sportstätten zu beziehen.

Auf Ebene der Europäischen Union wurden diese Themen im „EU-Arbeitsplan für die Entwicklung der europäischen Dimension des Sports“ aufgenommen. Unterstützt von einer Expertengruppe wurden bis Ende 2012 Vorschläge erarbeitet, wie innerhalb der Europäischen Union Grundsätze für eine gute Regierungsführung, Transparenz im Sport und Bekämpfung von Spielmanipulation entwickelt und umgesetzt werden können. Das Europäische Parlament und die Europäische Kommission haben ebenfalls die Problematik erkannt und Maßnahmen zur Förderung von guter Regierungsführung und Bekämpfung von kriminellen Organisationen in der Wettbranche gefordert.

GEDENKEN

SPD-Fraktion trauert um Peter Struck

Die SPD-Bundestagsfraktion trauert um Peter Struck. Mit Bestürzung und Erschütterung haben wir von seinem Tod erfahren. Wir verlieren nicht nur einen großen Politiker, einen der für viele Menschen im Land ein Vorbild war. Wir verlieren einen Freund, einen engen Weggefährten, einen Mann voller Herzenswärme, Humor und Lebensklugheit.

Zweimal wurde Peter Struck an die Spitze der Fraktion gewählt, als einziger Fraktionsvorsitzender seit Gründung der Bundesrepublik. Er genoss von Anfang an hohe Anerkennung in der Fraktion. Und über die Jahre wurde aus Anerkennung tiefe Zuneigung. Die Menschen mochten ihn für seine Offenheit, Geradlinigkeit und für seine klaren Ansagen.

Peter Struck hat auch als Verteidigungsminister bleibende Spuren hinterlassen. Unter Soldatinnen und Soldaten wird bis heute nur voller Respekt von ihm gesprochen.

Wir werden ihn vermissen.

Mit unseren Gedanken sind wir bei seiner Frau Brigitte, seinen Kindern und seinen Enkeln, die sein ganzer Stolz waren.

Weitere Informationen gibt es auch hier:



www.spdfraktion.de/facebook



www.spdfraktion.de/googleplus



www.spdfraktion.de/twitter



www.spdfraktion.de/youtube



<http://www.spdfraktion.de/flickr>